

Volkszeitung

Opłata pocztowa niszczona ryczałtem Einzelnummer 20 Groschen.

Nr. 272. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltige Illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 50.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Betrikauer 109 Hof, II. Et. Tel. 36-90. Postkontonummer 63.508 Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2 bis 3. Privattelefon des Schriftleiters 28-45.

Anzeigenpreise: Die nebengesparte Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreigesparte Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Verlagsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeit 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige ansetzen — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag. 4. Jahrg.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: Alexandrow: W. Kösner, Parzejewka 16; Bialystok: B. Szwabe, Stawczyna 43; Konstantynow: J. W. Modrow, Plac Wolności Nr. 38; Opatow: Amalie Richter, Henstadt 505; Sabiance: Julius Walta, Sienkiewicza 8; Tomaszow: Richard Wagner, Bahnstraße 68; Zduńska-Wola: Berthold Klattig, Ogrodowa 26; Zgierz: Eduard Stranz, Rynek Miłostwiego 13; Zyrardow: Otto Schmidt, Siellego 20.

Die Knebelung der öffentlichen Meinung

Seit Montag verpflichtet das neue Presse-dekret. Sämtliche Blätter, rechts- oder links-eingestellte, regierungstreu oder regierungs-feindlich eingestellte, haben schon lange vor der Erlassung des Dekrets dagegen Stellung ge-nommen. Trotz alledem wurde ihm Gesetzes-kraft verliehen. Es ist da, als Peitsche für die öffentliche Meinung, für die gesamte Presse ohne Unterschied und soll bestehen sowohl für die Gegenwart wie auch für die Zukunft, also für eine Zeit, wo vieles, sehr vieles anders geworden sein kann.

Auf Grund der Verfassung wurde es her-ausgegeben, die dem Staatspräsidenten das Recht einräumt, Dekrete mit Gesetzeskraft zu erlassen. Und dieselbe Verfassung befragt ganz etwas anderes. Sie garantiert in den Art. 104 und 105 die Freiheit des gedruckten und ge-sprochenen Wortes und sie sagt in Art. 38, daß kein Gesetz im Widerspruch mit der Verfassung stehen darf.

Also steht das Dekret im Widerspruch zu der Verfassung. Darf also eigentlich nicht ver-pflichtet und muß vom Sejm, dem das Recht der Ablehnung der Dekrete zusteht, verworfen werden.

Die Bewertung vom rechtlichen Standpunkt ist also Ablehnung. Warschauer Blätter besagen, daß sich auf denselben Standpunkt auch der Juristische Beirat gestellt hat, der das Dekret disqualifiziert hat. Auch die Minister Meynszto-wicz und Moraczewski, also zwei sich kraft gegenüberstehende Weltanschauungen, haben im Ministerrat kategorisch gegen das Dekret ge-sprochen.

Welche moralische Bedeutung besitzt aber das Dekret? Oder richtiger gesagt, welche mo-ralische Bedeutung geht durch das Dekret verloren?

Wir sind nicht Anhänger der Demagogie. Wir, die wir den großen Massen dienen, ver-urteilen die Demagogie, da nur diese allein die Verdummung des Volkes verursacht. Der Kampf gegen Demagogie ist ein schwerer, ein entmutigender Kampf. Wir sehnen den Augen-blick herbei, daß es bei uns so sei wie in Eng-land: Derjenige Redner, der Demagogie be-nutzt, hat unbedingt verloren. Nur die Wahr-heit, die reine Wahrheit, wollen die Volksmassen hören.

Wenn das Dekret also gegen die Dema-gogie gerichtet wäre, so würde man ihm eher beipflichten können, obwohl wir grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, daß die Moral nicht durch Strafen erreicht wird. Aber es ist nicht gegen die Demagogie als solche gerichtet. Dieser Begriff ist nicht präzisiert. Das Gesetz spricht von Nachrichten, wissenschaftlich falschen, nach-lässigen, ungeprüften, die das Ansehen der Regierungspersonen schädigen diese verächtlich machen, den Staat schädigen, Beunruhigung des Volkes hervorrufen usw. Und die Ent-scheidung darüber, ob die Zeitung eines dieser

Vor der Sejmeröffnung.

Die erste Sejmigung wahrscheinlich am Sonnabend mittag.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Gestern wurden die Marschälle Katak und Trompczynski vom Vizepremier Bartel offiziell von der Eröffnung der ordentlichen Session auf dem Schloß benachrichtigt, mit dem Ver-merk, dies den Abgeordneten zur Kenntnis zu bringen.

Marschall Katak hat darauf an die Abge-ordneten ein Schreiben gerichtet, in dem die-selben von der feierlichen Sessionseröffnung auf dem Schloß in Kenntnis gesetzt werden.

Wie aus dem Schreiben ersichtlich ist, setzt Katak keine Sejmigung fest, sondern bringt nur die offizielle Eröffnungsfeier zur Kenntnis.

In den parlamentarischen Kreisen machte es den Eindruck, daß der Termin der Sejm-igungen noch immer nicht festgesetzt ist.

Ihr Korrespondent wandte sich deshalb an den Marschall Katak mit der Bitte um Auf-klärung. Marschall Katak erwiderte, daß er den genauen Termin der Sejmigung noch nicht

festsetzen kann, da die Session noch nicht er-öffnet ist. Katak nimmt jedoch an, daß am Sonnabend, um 11 Uhr mittags, die Sitzung abgehalten werden können wird, umso mehr, da Finanzminister Czeschowicz über das Budget sowie über die wirtschaftliche Lage sprechen will.

Konferenz Biludskis mit Zaleski.

Gestern hielt Marschall Biludski mit dem Außen-minister Zaleski eine längere Konferenz ab. Gegenstand der Beratungen sollen nicht, wie gerüchtweise behauptet wird, die Frage der Personaländerungen im Außen-ministerium gewesen sein, sondern ausschließlich Fragen der Außenpolitik.

Die Konservativen organisieren sich.

Am 15. November treffen in Warschau die Kon-servativen der Krakauer mit denen der Warschauer Wojewodschaft zusammen, zwecks Bildung einer neuen Konservativen Partei.

Wir scheinen also ganz nahe vor den Neuwahlen zu sein.

Bergehen begangen hat, liegt in den Händen der Starosten, der Regierungskommissäre, der Wojewoden.

Werden diese Herren durch ihre Entschei-dungen erreichen, was die Schöpfer des De-krets erreichen wollten? Werden sie die De-magogie in den Sarg legen und die Moral zum Leben erstehen lassen? Viele unserer Administrativen sind taktvoll, manche sogar un-parteilich, so weit allerdings nur, wie die Un-parteilichkeit höhererorts gestattet ist. Viele aber sind weder unparteilich noch taktvoll, noch wissen sie überhaupt, welche Pflicht die Presse gegenüber dem Volke, gegenüber dem Staate hat. Werden diese vielen Beamten aber in dem Sinne wirken, wie ihn der oder die Schöpfer des Dekrets in demselben verantern wollten?

Nein, das werden sie nicht. Denn wir haben genug der Beweise, daß Anordnungen der administrativen Beamten gegenüber der Presse annulliert wurden, daß die Gerichte sehr oft ganz anders auf verschiedene „Bergehen“ schauen, als diejenigen, denen heute die unge-heure Macht in die Hand gedrückt wird, die öffentliche Meinung zu bestrafen.

Oder ein anderes, sehr wichtiges Moment, das von einer Zeitung berührt wurde. Der größte Teil der Skandale im staatlichen Leben, der verschiedenartigsten Mißbräuche wurde gerade durch die Zeitungen aufgedeckt. Bartoszewicz, der Polens Ansehen größtenteils geschädigt hat, befindet sich heute nur dank der Presseenthül-lungen auf der Anklagebank. Allerdings konnte der Redakteur, der den Anfang mit diesen Enthüllungen machte, nicht von vorn-herin die ganzen Schweinereien kennen. Nach der ersten Notiz erhielt er weitere vertrauliche Mitteilungen, die es erst ermöglichten, diese große Affäre aufzudecken.

Kann es bei dem gegenwärtigen Dekret der Redakteur wagen, eine allerdings nicht auf die Wahrheit hin geprüfte Notiz abzudrucken? Nein, er darf es nicht, denn er würde doch dem Ansehen des Beamten Bartoszewicz, der Marine als Amt und dadurch dem Staate schaden. Beweise besaß er aber noch nicht. Diese trägt doch erst jetzt das Gericht herbei. Durch die 300 Zeugen und vor allem durch die Gegen-überstellung des Schuldigen den Mitangellagten oder den Zeugen.

Dieser Art Mißbräuche, die wir leider noch viele, sehr viele haben, müßten ungekannt bleiben. Die Furcht vor der Presse manchen Uebeltäters wäre nicht vorhanden, denn ihn, diesen Verbrecher, diesen Verächtlichmacher des Staates und seiner Uniform, diesen Schädling des Staates und die-sen Stifter der Beunruhigung des Volkes würde das Pressedekret schützen. Von dieser Seite wäre er sicher. Und von seiten seiner Vorgesetzten gleich-falls, wie der erwähnte Bartoszewicz-Prozeß am besten beweist. Die Diebereien würden sich also unbestraft breit machen. Diejenigen, die die Moral heben wollten, würden erreichen, daß sich die Un-moral breit macht und den Staatsorganismus in seinem Inneren vergiftet.

Aber wenn unsere Administrationsbeamten selbst die Engel der Regierung gegenüber sein würden? Ist es freie Aeußerung, Freiheit der Presse, wenn die Zeitung nur das schreiben darf, was der Regierungspartei genehm ist? Wird dies die Erlösung bringen?

Wir sehen es an Mussolinien. Die Verhält-nisse sind heute dort derart, daß mit dem Sturz der Person Mussolini das ganze Land in einen Trümmerhaufen verwandelt werden wird. Daß die Freiheitsbeschneidung bei der ersten Erschüt-terung eine Revolution hervorrufen muß, wie sie an Schärfe die Welt noch nicht kennt.

## Polen — das Paradies der Minderheiten.

Die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg veröffentlicht eine Unterredung mit dem Vertreter Polens beim Völkerbund, Minister Sokal. Die Unterredung betrifft alle aktuell-politischen Fragen. Wie greifen heraus, was Sokal über die Minderheiten in Polen sagte:

Frage: „Steht zurzeit eine Aenderung der polnischen Politik in bezug auf die Minderheiten bevor; sind im besonderen die Gerüchte von Schaffung eines Minderheiten-Ministeriums begründet?“

Antwort: „Die Minderheitenpolitik der gegenwärtigen polnischen Regierung und hauptsächlich ihres Chefs, des Marshalls Pilsudski, ist unter allen Umständen wohlwollend und versucht den Wünschen der Minderheiten in jeder Hinsicht entgegenzukommen. Auch kann man getrost sagen, daß die Beziehungen Polens zu seinen Minderheiten sich in letzter Zeit merklich gebessert haben und daß sie heute durchaus friedliche sind.“

Seitens der in Polen ansässigen Deutschen hört man überhaupt keine Klagen mehr.

Den Wünschen der Juden ist man gleichfalls nach Möglichkeit gerecht geworden — auf dem Genfer Minderheiten-Kongress haben die aus Polen stammenden jüdischen Vertreter keinerlei Beschwerden vorgebracht. Und was schließlich die Ukrainer anbelangt, so ist die Regierung auf dem besten Wege, mit ihnen zu einer Verständigung zu gelangen.

Die Schaffung eines besonderen Minderheiten-Ministeriums wird in Polen nicht geplant. Schon aus Gründen der Oekonomie, — d. h. wegen des in Polen allgemeinen Beamten-Abbaus — kann hiervon nicht die Rede sein.“

Frage: „Liegt nicht eine Teilnahme von Minderheiten-Vertretern an der Regierung — nach dem Beispiel der Tschechoslowakei — im Bereiche der kommenden Möglichkeiten?“

Antwort: „Nein! Eine Teilnahme von Vertretern der Minderheiten an der polnischen Regierung kommt nicht in Betracht. Das Beispiel der Tschechoslowakei kann hier nicht hinzugezogen werden, da die Verhältnisse betr. die Minderheiten in Polen ganz andere als in der Tschechoslowakei sind.“

Das erwähnte Blatt hätte Herrn Sokal schon sagen können, daß er sehr schlecht über die Minderheiten und ihre Lage informiert ist. Daß seit der Mai-Revolution nichts gegenüber den Minderheiten besser geworden ist, weiß jeder in Polen, wissen selbst polnische Blätter, nur Herr Sokal findet, daß wir keine Klagen mehr haben. Sind denn die Verhältnisse im deutschen Schulwesen entzückende Erscheinungen? Haben wir nicht täglich Gründe zu klagen? Ist die Gleichberechtigung tatsächlich schon da? Keinesfalls! Wir empfinden es stets, auch nach der Mairrevolution, daß ein deutscher Name oder gar die Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität nach wie vor der Grund sind, den besten Staatsbürgern die Wege zu verperren.

Es ist nicht diplomatisch, wenn Herr Sokal findet, daß unsere Klagen aufgehört haben. Sollen wir denn täglich solche laute Klagen führen, daß sie in Genf zu hören sind? Wenn wir dies in den letzten Wochen und Monaten nicht getan haben, so nur deswegen, weil wir hoffen, daß den Worten der Regierung Pilsudski auch Taten folgen werden. Wir hoffen aber schon sehr lange, vergebens.

Und wenn wir auch noch weiterhin vergeblich hoffen sollten, so werden wir — entgegen unserer Absicht — wohl gezwungen sein, unsere Forderungen wieder einmal zu wiederholen. Diesmal werden wir sie wohl so stellen müssen, daß auch Herr Sokal davon Kenntnis erhält.

### Der Kongress der evangelisch-reformierten Kirche in Wilna.

Gestern begann in Wilna der Kongress der evangelisch-reformierten Kirche. Den Kongress begrüßte im Namen der evangelischen Kirche in Polen General-Superintendent Bursche und Superintendent Blau. Im Namen der Regierung sprach der Wojewode Kaczynski und im Namen des Ministers für Religionsbekenntnisse der Departementschef Okulicz.

### Der Klub der P. P. S. verlangt Verfassungsänderungen.

In einer der nächsten Sitzungen des Sejms wird der Klub der P. P. S. einen Antrag einbringen, in dem eine Reihe von Aenderungen der Verfassung gefordert werden. Danach sollen folgende Aenderungen vorgenommen werden:

1) Aenderung des Art. 25 in der Weise, daß das Wort „Eröffnung“ nur Bezug auf die Kadenz des neu-berufenen Sejms haben soll, während das Wort „Einberufung“ sich auf die ordentliche bzw. außerordentliche Session beziehen soll. Auf die ordentliche Session sollen auch die Worte „Einberufung“ und „Schließung“ Bezug haben.

2) Der Art. 26 soll in der Weise geändert werden, daß der Sejms sich auch durch eigenen Beschluß auflösen kann. (Dieses Recht des Sejms, sich selbst aufzulösen, ist bei der Abstimmung über die Verfassungsänderungen dem Sejms rein zufällig verlorengegangen.)

Als dritter Punkt soll ein Artikel eingebracht werden, wonach die Budgetsession durch ein Dekret des Staatspräsidenten nicht nur nicht geschlossen werden, sondern daß dieselbe auch nicht aufgeschoben werden kann.

Der letzte Punkt der Aenderungen sieht vor, daß wenn der Sejm zur ordentlichen Session nicht einberufen wird und dies nicht zum eigentlichen Termin, der Sejm dann am letzten Tage vor dem Beginn des 5 monatigen Abschnittes vor dem Budgetjahr zusammentritt.

### Eine Sitzung des Vollzugskomitees der P. P. S.

Am Donnerstag findet eine Sitzung des Zentralen Vollzugskomitees der P. P. S. statt, in welcher über die Stellungnahme der Partei zur Regierung beraten werden soll. Besonders soll über den weiteren Verbleib des Abg. Moraczewski in der Regierung Beschluß gefaßt werden.

Wie bekannt, ist Abg. Moraczewski ohne Einwilligung der Partei in die Regierung Pilsudski eingetreten.

### Der Skandal in der Warschauer Kriminalpolizei.

Bachrach der Anführer einer weitverzweigten Paffälcherbande.

Die Untersuchung gegen den früheren Aspiranten der Warschauer Kriminalpolizei, Bachrach, fördert immer neue sensationelle Einzelheiten an den Tag. Es stellte sich heraus, daß Bachrach der Anführer einer großen Paffälcherbande war, die im ganzen Lande Zweigstellen unterhielt. Bereits im Jahre 1924 hat Bachrach falsche Pässe ausgestellt, um den Banknotenfälschern, mit deren Bekämpfung er beauftragt war, die Flucht über die Grenze zu ermöglichen. Bisher wurden 74 Personen ermittelt und in den Anklagezustand versetzt, die Bachrach die Kunden verschafften oder aber denen Bachrach die falschen Pässe zur Weiterleitung überwies.

### Vom englischen Bergarbeiterstreik.

Am Mittwoch findet eine Sitzung der Delegierten der streikenden Bergarbeiter statt, zwecks Entgegennahme des Berichts des Streikkomitees über die Verhandlungen mit der Regierung und den Grubenbesitzern. Der Streit besteht gegenwärtig noch darin, daß die Grubenbesitzer die geforderte 20prozentige Lohnerhöhung gewähren wollen, jedoch nur denjenigen Grubenarbeitern, die mehr als 7 Stunden täglich arbeiten. Das Streikkomitee vertritt jedoch den Standpunkt, daß der 7stündentag als Grundsatz dienen muß und die Lohnerhöhung daher für alle verpflichten soll, während diejenigen, die länger als 7 Stunden täglich arbeiten, eine besondere Zulage zu fordern haben.

### Englands Verluste durch den Bergarbeiterstreik.

Auf eine Anfrage antwortete der englische Handelsminister im Unterhaus, daß England durch den Bergarbeiterstreik einen Verlust von 300 Millionen Pfund Sterling erlitten hat.

### Der deutsche Reichstag gegen die Rückkehr Wilhelms.

In der gestrigen Sitzung des deutschen Reichstags kam es bei der Diskussion über den Antrag gegen die Rückkehr des Kaisers Wilhelm zu stürmischen Szenen. Der Sozialist Sänger motivierte den Antrag und berief sich auf das Gesetz, wonach alle Bürger, die die Treue gegenüber dem Staate gebrochen haben, die Staatszugehörigkeit verlieren. Sänger schloß mit den Worten: „Seine Kaiserliche Majestät erhält den Befehl, außerhalb der Grenzen des Reiches zu bleiben. Den Befehl gibt die Republik!“

### Neuwahlen in Dänemark.

Wenn auch der dänische Reichstag seine Sitzungen fortführt, um eine Anzahl dringender Sachen zu erledigen, so ist doch seine Auflosung jetzt eine beschlossene Sache. Die Neuwahlen werden am 2. Dezember stattfinden. Bei der Behandlung der Revisionsvorschläge waren die Reden sowohl der Parteiführer, wie die des Staatsministers schon als Wahlreden gekennzeichnet. Welche Zusammensetzung der neue Reichstag haben wird, ist noch schwer voraussagen. Große Verschiebungen werden kaum eintreten.

### So ist gut reisen.

Die Königin Marie reist auf Jords Kosten.

Nach einer Meldung der „Associated Press“ hat Anres, der Vertreter Henri Jords im Reisegefolge der Königin Marie von Rumänien, bekanntgegeben, daß Henri Jord die mit der Amerikareise der Königin von Rumänien verbundenen Ausgaben bezahle. Die Reise der Königin werde Jord eine halbe Million Dollar kosten.

### Die Affäre Garibaldi.

Hestige Sprache der französischen Presse gegen Italien.

Je weiter die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen dem Spitzel Garibaldi und der Polizei Mussolinis fortschreitet, um so heftiger wird die Sprache der Pariser Blätter. Selbst die Blätter der Rechten nehmen eine scharfe Stellung gegenüber Italien ein; sie betonen, daß Frankreich es unter keinen Umständen dulden werde, daß auf seinem Boden Verschwörungen angezettelt werden.

Im Laufe des Sonntags wurde Garibaldi wieder einem längeren Verhör unterzogen und dem von ihm nach Italien geschickten Scievoli gegenübergestellt. Es ergab sich, daß Garibaldi tatsächlich die faschistische Polizei von der geplanten Reise Scievolis nach Rom unterrichtet hatte. Nur dadurch, daß Scievoli in letzter Stunde seine Absicht änderte, entging er der Verhaftung durch die Polizei Mussolinis. Außerdem fand eine Gegenüberstellung Riccio Giaribaldis mit seinem älteren, ebenso aus Amerika zurückgekehrten Bruder, dem General Santo Garibaldi, statt. Dabei soll Riccio sich seinem Bruder zu Füßen geworfen und erklärt haben: „Ich habe zwar Geld genommen, aber ich habe niemals meine Brüder verraten. Ich habe unentwegt der großen Sache gedient.“ Im Laufe der Vernehmung soll Garibaldi auch das Geständnis abgelegt haben, von der unlängst geplanten Verabreichung der Kirche Notre Dame in Paris gewußt zu haben. Garibaldi gesteht, Agent Federzonis zu sein.

### Die Schweizer Partei — Mitglied der Internationale.

Der Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie, der in Bern stattfand, beschloß mit 249 gegen 71 Stimmen den Beitritt der Partei zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Ebenso wurde die vom Parteivorstand vorgelegte Motivierung des Antrages, die die Gründe des Anschlusses an die Internationale darlegt, angenommen. Zum Vertreter der Partei im Exekutivkomitee der Internationale wurde Grimm, zu seinem Stellvertreter Graber gewählt.

### Tagesneuigkeiten.

**E. Verlängerung der Unterstützungsaktion für die Arbeitslosen.** Auf der gestrigen Sitzung des Arbeitslosenfonds wurde beschlossen, sich an den Hauptarbeitslosenfonds in Warschau mit dem Antrag zu wenden, die Unterstützungsaktion für die erwerbslosen Arbeiter auf den Monat Dezember zu verlängern. Außerdem soll die Auszahlung der Unterstützungen an diejenigen Kopparbeiter verlängert werden, denen das Recht zur Unterstützung am 30. November abläuft.

**b. Die Arbeitslosen erhalten Lebensmittel und Kohle.** In den nächsten Tagen begibt sich eine Abgeordnetendelegation zum Arbeitsminister Jurkiewicz, um mit dem Minister über die Verforgung der Arbeitslosen mit Lebensmittel und Kohle zu konferieren. Ein Teil der Kohle ist bereits eingetroffen. Außerdem sollen sich noch größere Transporte unterwegs befinden.

**b. Hauptarbeitsinspektor Klott hat sich gestern nach Petrikau und Kalisz begeben, um in den dortigen Betrieben die Arbeitsverhältnisse zu prüfen. Von Kalisz aus begibt sich Klott nach Warschau. Das von ihm gesammelte Material belastet schwer die Industriellen.**

**Bartel kommt am Montag nach Lodz.** Vizeministerpräsident Bartel, der bekanntlich am 20. November nach Lodz kommen sollte, wird bereits am 15. November hier eintreffen und im Saale der Philharmonie einen Vortrag über die gegenwärtige Lage halten. Diese Vorträge werden als Propagandareden für die Partei des Vizeministerpräsidenten angesehen. Angesichts der Verschiebung des Termins ist das Komitee, das Bartel mit Pomp empfangen sollte, in große Schwierigkeiten geraten. Die Vorbereitungen zum feierlichen Empfang müssen nämlich beschleunigt werden. — Das Komitee könnte sich ein Beispiel von dem Komitee nehmen, das die Feierlichkeiten für den 11. November organisiert. Dieses Komitee hat in einer Sitzung das ganze Programm entworfen und sogar noch Zeit gefunden, die Bevölkerung zum flaggen und die Geschäftsleute zur Schließung der Läden aufzufordern. Das nennt man fixe Arbeit. Im Feste feiern waren wir übrigens immer groß.

**b. Morgen Kontrollversammlung der Jahrgänge:** 1891 im Kommissionslokale Nr. 1, Konstantynowka 81, Buchstaben Sa bis Sn, 1892 im Kommissionslokale Nr. 2, Konstantynowka 81, Buchstaben Sa bis Sn, 1893 im Kommissionslokale Nr. 3, Leszno 9, Buchstaben Ra bis Rn, 1894 im Kommissionslokale Nr. 4, Konstantynowka 62, Buchstaben D, S, 1898 im Kommissionslokale Nr. 5, Skladowa 40, Buchstaben D, S.

**b. Postalisches.** Im Oktober versandte Lodz 153 036 eingeschriebene Briefe und Pakete, Wertsendungen wurden in einer Anzahl von 65 725 aufgegeben, angekommen sind 26 428. Außerdem wurden 28 454 Geldüberweisungen auf die Summe von 15 322 000 Zloty gezeitigt, ausgezahlt wurden 108 622 Gelbanweisungen auf die Summe von 38 429 000 Zl. Wie verlautet, sollen in den nächsten Tagen 41 neue Briefkästen in unserer Stadt angebracht werden. Lodz würde demnach 111 Briefkästen zählen.

Chorzow.

Ein Kapitel Schiedsgerichtsbarkeit.

Es war eine Verletzung der für Ostoberschlesien geltenden, vom Völkerbund garantierten Rechtsbestimmungen, als die polnische Regierung das große Werk Chorzow der deutschen Kalkstoffindustrie enteignete. Die deutsche Regierung klagte vertragsgemäß beim Internationalen Schiedsgerichtshof in Haag und nach Jahr und Tag hat dieser die Enteignung als rechtswidrig und unzulässig erklärt. Polen hat als Partner des Vertrages wie durch seine Teilnahme an dem Prozeß dieses Gericht als zuständig, sein Urteil als verpflichtend anerkannt. Die polnischen Außenminister betonen so oft und so gern wie die meisten ihrer Kollegen ihre unbedingte Treue zu bestehenden Verträgen, und sie erklären sich stets als unbedingte Anhänger der schiedsgerichtlichen Austragung internationaler Streitfälle. Soweit jene Verträge in Betracht kommen, die Polen auch nichtpolnische Gebiete und einen Korridor durch Deutschland zugehört haben, ist ein Zweifel an der Vertragstreue Polens nie aufgetaucht. Aber in welchem Licht erscheint seine Schiedsgerichtsbegeisterung, schreibt der "Vorwärts", wenn es in einem so klaren Fall wie dem Haager Chorzow-Urteil gar nichts dazu tut, ja offen ablehnt, das Urteil auszuführen? Ist die Wegnahme als rechtswidrig erklärt, so kann natürlich nur die Rückgabe das Recht wiederherstellen, und nur wenn der Enteignete sich einverstanden erklärt, statt des ihm genommenen Gutes eine andere Entschädigung anzunehmen — etwa weil er das Gut nicht verwalten könnte oder weil es z. B. inzwischen so schlecht verwahrt worden wäre, daß er lieber auf seine Rückgabe verzichtet — dann kann auch diese Entschädigung ausreichen.

Polen hat aber bisher das Haager Urteil nicht ausgeführt, und darum wird man es nur billigen können, wenn die jüngste deutsche Chorzow-Note, die eben in Warschau übergeben worden ist, den Vorbehalt für die angeregten und wohl auch zu erwartenden Verhandlungen macht, daß wenn sich dabei aus der polnischen Nichtanerkennung des Haager Urteils Schwierigkeiten ergeben sollten, Deutschland beim Haager Schiedsgerichtshof ein neues Urteil beantrage, das die ohnehin schon bestehende Klarheit der Rechtslage eben noch klarer macht.

Soll es auch bei uns dazu kommen? Sollen auch bei uns Einzelpersonen und nicht das Volk, die Mehrheit des Volkes, die Verantwortung für die Staatsgeschichte tragen? Soll nicht das Volk selbst durch sein freies Urteil Spreu vom Weizen

unterscheiden, die Demagogen verurteilen, sie durch Verachtung strafen können?

Demokratisch, fortschrittlich, ist diese Begrenzung der Freiheit keinesfalls. Die Regierung, die — wir wollen es annehmen — der Wahrheit durch Strafen zum Siege nachhelfen wollte, hat die Schattenseiten nicht in Betracht gezogen, die Strafen und Verbote nach sich ziehen. Dabei darf sie nicht nur an sich denken, sondern muß auch erwägen, daß ein Dekret wie das jetzige, eine Mordwaffe gegen die öffentliche Meinung in den Händen einer Regierung sein kann, wie sie Polen schon in allen Färbungen und Auflagen hatte, und welche nur durch Mairévolutionen weggefegt werden konnten.

Und zum Schluß noch eins: Für bürgerliche, vom Kapital subventionierte Zeitungen werden auch 5000 Floty Strafe kein Hindernis bilden, durch eine falsche Nachricht 10 000 oder 10 000 Floty zu verdienen oder Einflüsse zu gewinnen, die Millionen bringen. Gegen die bürgerlichen Zeitungen richtet sich das Dekret also nicht. Es trifft gerade die Arbeiterblätter, diejenigen, die ihre Einflüsse nicht für Geld verschachern, sondern dieselben gratis, uneigennützig, dem Volke, den armen Massen zuführen.

Also weder Moral noch Gesundung unserer Verhältnisse bringt das Gesetz. Die „moralische Sanierung“ wird durch dasselbe nicht erreicht.

Es ist gut, daß der Sejm, diesmal ohne Unterschied auf seine politische Orientierung, erkannt hat, welche Gefahren in dem Dekret enthalten sind. Und daß er durch Verwerfung des Dekrets der öffentlichen Meinung die bisherige Freiheit wiedergibt, die noch lange nicht die Freiheit ist, die wir meinen. L. Kut.

Die Ausführungsbestimmungen.

Die Regierung betrachtet das Dekret als klar genug. Sie glaubt, es sei unnötig, Ausführungsbestimmungen dazu zu erlassen. Das Innen- und das Justizministerium will dagegen nur in einem Zirkular die in dem Dekret enthaltenen Begriffe erklären.

Heute findet in Warschau eine Konferenz der Zeitungsherausgeber und verantwortlichen Redakteure statt zwecks Stellungnahme zum Dekret.

Die Mißbräuche in der Kriegsmarine.

In der weiteren Zeugenvernehmung stellt sich heraus, daß Abgeordneter Siciński auf dem Kriegsschiff „Warta“ den französischen Kriegshafen aufsuchte. Dort lenkte er die Aufmerksamkeit der französischen Offiziere dadurch auf sich, daß er sich mit einer Anzahl halbberunkener Halbweibdamen umgab. Die Zeugen meinen, daß Siciński Polens Ansehen dadurch nicht gebessert hat.

Zeuge Kryszyłowicz erzählt, wie Baroszewicz eine Munitionsfabrik durch einen bekannten Hochstapler Julian Lipski gründen wollte. Lipski verstand es, einige Personen für das Unternehmen zu interessieren. Die Hauptpunkte der Gründung waren die Versprechungen Baroszewiczs, daß der Staat der Abnehmer sein wird. Als die Gründer aber mit B. zusammenkamen und dieser 35 Prozent des Gewinnes für sich dafür forderte, daß er dafür sorgen wird, daß die Marine die fabrizierten Bomben kaufen wird, verloren die Gründer das Vertrauen zu der Solidität Baroszewiczs und das Geschäft fiel ins Wasser.

Der Rest des Zeugenverhörs fand bei geschlossenen Türen statt.

Die richtige Anzahl aller Deutschen.

Angeichts des Umstandes, daß in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten falsche Zahlen über das Deutschtum, besonders über das Auslandsdeutschtum, in Umlauf gesetzt wurden, sah sich das Institut für Statistik der Minderheitsvölker an der Wiener Universität dazu veranlaßt, seine Berechnungen über das gesamte Deutschtum zu veröffentlichen. Es leben demnach im Deutschen Reich 62 500 000 Deutsche. Im Ausland leben auf folgende Länder verteilt: Italien 300 000, Frankreich 1 700 000, Polen 1 350 000, Tschechoslowakei 3 500 000, Rumänien 800 000, Jugoslawien 700 000, Ungarn 600 000, Dänemark 55 000, Litauen 130 000, Estland 30 000, Lettland 65 000, Oesterreich 6 300 000, Schweiz 2 650 000, Rußland 1 000 000, Amerika 11 000 000. Die Gesamtzahl aller Deutschen auf der Erde beträgt demnach rund 94,5 Millionen.

Eine Kirche für vier Bekenntnisse.

Daß es nicht überall in der Welt so ist wie in Polen, wo nur die Unduldsamkeit des Alerikalismus es verhindert, daß Glaubensbekenntnisse und Weltanschauungen verschiedener Richtungen friedlich nebeneinander wirken können, bezeugt das nachfolgende Beispiel, aus dem hervorgeht, daß nicht nur ein Nebeneinanderwirken, sondern sogar auch ein Miteinanderwirken religiöser Grundüberzeugungen möglich ist, wenn nur auf allen Seiten entsprechende Toleranz vorausgesetzt werden darf.

In dem amerikanischen Ort East Lansing im Staate Michigan ist kürzlich eine Kirche eingeweiht worden, in der sich vier verschiedene Bekenntnisse zur Abhaltung ihrer Gottesdienste vereinigt haben. Die Kosten wurden von allen vieren — es sind die Baptisten, Kongregationalisten, Methodistern und Presbyterianern — gemeinsam getragen. Auch der Pastor der Kirche wird aus gemeinsamer Kasse bezahlt und hält Gottesdienst für alle vier Riten. Ebenso sind die Sinnbilder der vier Konfessionen friedlich nebeneinander über dem Altar angebracht. Der Andachtsraum faßt nicht weniger als 1300 Teilnehmer. Außerdem gibt es noch eine Kapelle, für Hochzeiten und Begräbnisse, einen großen Festsaal, Studierzimmer und Unterrichtsräume. Kurz diese Kirche ist der geistige Mittelpunkt der ganzen Stadt und kann es sein, weil sie im Geiste des Grundsatzes aufgebaut ist: Religion ist Privatsache.

Die drei Riesen.

Roman von Friede Birkner.

(12. Fortsetzung.)

„Schweigen Sie, Miß Judy,“ rief Alalab mit einem gläsernden Blick. „Meine Sehnsucht nach Daina ist so schon groß genug!“

Juliet nickte ihm noch einmal zu, reichte den drei Riesen die Hand, die alle drei zuvorkommend an die Lippen führten. Zuletzt hielt Gerald ihre feine, schmale Hand in seiner kräftigen, breiten Hand.

„Sie haben so gar keine Berufsband, Fräulein Doktor.“

„Das Kurieren von verdorbenen Magen und so weiter kann ja auch meiner Hand kein Berufsgepräge geben,“ sagte sie, ein wenig schmerzlich lächelnd, und sah ihn wieder mit dem eigenartig tiefen Blick starken Sympathiegefühls an. Doch ehe Gerald über diesen Blick nachdenken konnte, hatte sie sich schon zur Tür gewendet. „Nein, nein, meine Herren, das dulde ich nicht,“ sagte sie freundlich aber bestimmt, als Hans und Peter sich erboten, sie in das Fremdenhaus zu begleiten. „Ich finde meinen Weg allein und mein Fortgehen soll nicht die Unterhaltung stören.“

„Gnädigste, jetzt, wann Sie sich aber verlaufen täten?“

„Das ist mir nur in den ersten Tagen meines Hierleins passiert. Und außerdem ist meine alte Ujah Sandaram draußen. Da — sehen Sie, da hocht sie schon,“ sagte sie lachend hinzu, und deutete auf die zusammengehockte Gestalt der Ujah vor der Tür.

„Miß Judy,“ rief Alalab ihr noch nach, „haben Sie schon die Rani begräbt?“

„Nein, Hoheit, das geschieht jetzt. Ich muß auch noch ein paar Worte mit Banu Ela sprechen,“ sagte Juliet mit einem amüsierten Seitenblick auf Hans. „Wegen der

Tennispartie morgen geben Sie mir noch Bescheid, Hoheit. Also — nochmals gute Nacht!“

Die vier Herren unterhielten sich nun über Berufsbandes und über die europäischen Universitätsjahre des Fürsten.

„Wie viel schöner war es in Bonn und Zürich als das eine Jahr, das ich noch auf der Universität in Kattuta war!“

„Dort studieren aber wohl nur Engländer und Inder?“

„In der Hauptsache. Aber man findet da keine so netten Kameraden wie auf deutschen Universitäten. O, wie bin ich froh, daß Miß Judy hier ist. Sie ist ein prachtvoller Kamerad!“

„Das glaube ich gern, Hoheit, denn auch wir haben sie als einen ganz famosen Menschen kennengelernt.“

Gerald hatte so warm gesprochen, daß Peter Hader unter dem Tisch Hans bedeutungsvoll auf den Fuß trat. Hans war aber mit seinen Gedanken ganz wo anders gewesen — nämlich bei den paar Worten, die Juliet mit Banu Ela sprechen wollte. Unsanft aus seinem Nachdenken aufgeschreckt, schimpfte er wütend auf deutsch los:

„Au, zum Donnerwetter, Hader, ziehen Sie doch Ihre langen Beine ein und benutzen sie meine besten, weil die einzigen Lackschuhe, nicht als Fußband!“

Hader tippte sich bedeutungsvoll an die Stirn:

„A sanblöder Trottel sind's doch, Schröder!“

„Danke, nur nicht an Herzdräden sterben, Sie Siebenmonatskind!“

„Mein Bieder, Ihnen auf den Schettel zu spuden dürfte mir schwer werden!“

Jetzt mischte sich Gerald lachend ein und sagte auf Englisch:

„Jungens, wenn nun Seine Hoheit noch genügend Deutsch versteht, wird er einen netten Begriff von eurer Erziehung bekommen!“

„Miß Judy, o Miß Judy! Sind Sie endlich wieder da!“

Banu Ela schlang ihre mit klirrenden Ringen geschmückten Arme um Juliets Hals und schmiegte sich an sie. Juliet strich über das glänzende, seidenweiche Haar Banu Elas.

„Haben Sie denn Sehnsucht nach mir gehabt, Butscha?“

„O, so sehr! Hier hab' ich ja keinen Menschen, der so recht lieb zu mir ist. Brer, die alte Rani — hah — sie ist bahut kuffa!“

„Warum ist Rani Gunari wütend?“

„O, sie hat gewollt, daß Alalab erst zum Devall (Wächter der Glücksgöttin Batschari) Hochzeit hält, aber er hat ganz entschieden gesagt, daß seine Hochzeit sehr bald ist, und da hat sie ihn ganz wütend angebrüllt und hat sechs oder siebenmal gesagt: O purriwalee! (Weinetwegen). Und seitdem ist sie in ihren Gemächern geblieben.“

„Warum mag sie wohl die Hochzeit noch nicht so bald wünschen?“

„O, Miß Judy, sind Sie dumm!“ lachte Banu Ela auf und schlug die Händchen lustig aneinander, daß all die Ringe und Ketten, die das kleine Persönchen schmückten, ein lustiges Konzert aufführten. „Ist erst Daina Rani von Srinagar — o, dann ist es doch mit Rani Gunaris Herrlichkeit hier im Zenanah vorbei!“

„Richtig, Butscha. Jetzt waren Sie einmal kläger als ich. Dafür kommt jetzt aber auch gleich eine Strafrede.“

„Was hab' ich verbrochen, Miß Judy?“

„Nichts Böses, Butscha, nur eine Unbesonnenheit. Wer hat vorhin dem europäischen Herrn, der bei Seiner Hoheit war, ganz lech zugenickt?“

Banu Ela schmiegte das Köpfchen an Juliets Brust. „Nicht zanken, Miß Judy! O, er war ja so schön wie ein Krishna (Geldgestalt der indischen Poesie). Wer ist es, was tat er bei Alalab, wann reist er wieder ab?“

„Halt, halt — eine Frage nach der anderen. Es ist Doktor Schröder, ein Ingenieur, der für Alalab die Brücke baut. Und das wird wohl gut ein Jahr dauern, bis die fertig ist.“





Arbeitslosendemonstration. Die Verordnung, wonach den Frauen, deren Männer arbeiten, die Unterstützung zu entziehen ist, hat unter den Arbeitslosen große Empörung hervorgerufen.

Alexandrow. Tödlicher Ausgang einer Messerstecherei. Bereits gestern berichteten wir über eine blutige Messerstecherei, bei der ein Menschenleben zum Opfer fiel.

Brzeziny. Schrecklicher Tod. Auf der Straße Kutno-Lodz unweit des Dorfes Wola Lagnowska wurde von einem Bahnwärter auf dem Schienenstrang die Leiche eines älteren Mannes gefunden.

Kalisz. Blutiger Kampf um eine Birke. Im Dorfe Soczyn, Gemeinde Godziesze, wohnten nebeneinander die Familien Kobylow und Chodylow. Obwohl beide Familien miteinander verwandt waren, bestand zwischen ihnen seit langer Zeit ein Grenzstreit.

Thorn. Der Sohn mordet den Vater. In der Nacht zu Montag wurde der Besitzer Albert Tuhrau in Fichtenwalde (Chojny) ermordet.

Mörder ist sein eigener Sohn Erich, 19 Jahre alt, ermittelt. Albert Tuhrau zählte 44 Jahre und lebte in zweiter Ehe. Seine zweite Frau war die Schwester der ersten.

Grandenz. Tragisches Ende eines Kraftmenschen. Vor einigen Tagen produzierte sich in Karthausen der Kraftmensch Rozkwas.

Sambor. Dreister Banditenüberfall. Gestern wurde auf die Eisenbahnstation in Sambor ein dreister Banditenüberfall verübt. Zwei maskierte Banditen drangen durch ein Fenster in das Stationsgebäude ein.

Auslandsnotierungen des Zloty.

Am 9. November wurden für 100 Zloty gezahlt:

Table with exchange rates for London, Zurich, Berlin, Warsaw, Bolen, Kattowiz, Danzig, Vienna, Prague, and others.

Warschauer Börse.

Table showing stock market data for various countries like Belgium, Holland, London, New York, Paris, Prague, Zurich, Italy, and Vienna.

Der Dollarkurs in Lodz und Warschau.

Auf der schwarzen Börse in Lodz: 9.03-9.04 in Warschau: 9.00. Der Goldrubel 4.76.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Sts. L. Kall. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petraszkastr. 109.

Deutscher Theater-Verein 'Thalia' 'Scala-Theater'.

Tel. 113. Cegielnianastr. 18. Tel. 113

Heute, Mittwoch, den 10. November 1926, präzise 8.30 Uhr abends

'Gräfin Mariza'

Operette von J. Brammer und A. Grünwald. Musik von Emmerich Kalman.

Duizendkarten gültig.

Billetvorverkauf an der Kasse des Theaters von 10 bis 1 Uhr mittags und von 5 bis 7 Uhr abends.

Grand-Kino - 'Und es flossen die Tränen der Entführten'

Heute Premiere des großen amerikanischen Films, Herstellungsjahr 1926:

Mächtiges Drama in 8 Akten. Erschütternde Tragödie eines entführten Mädchens.

In der Hauptrolle die reizende Lil Dagover und der unvergleichliche Michael Bohnen, der bekannte Darsteller des Konsuls im Bilde: 'Wladczyni swiata'.

Die neuestige Filmtechnik, die wunderbaren Aufnahmen rufen bei den Zuschauern Staunen hervor.

Außer Programm: Ungewöhnliche Farce in 2 Akten: 'Harold in Qualen' sowie die Komödie: 'Filit und Filitel'.

Beginn um 5 Uhr, Sonnabends und Sonntags um 2 Uhr, die letzte Vorstellung um 10 Uhr abends.

Advertisement for the Verein deutschsprechender Meister u. Arbeiter, featuring a portrait of Reinhold Fichs and details of his passing.

Advertisement for Oskar Kahlert, Lodz, featuring gold medals from the 1926 exhibition in Rome and details of his glass and metalwork business.

Advertisement for Alfred Teschner, Lodz, featuring a large illustration of a mirror and details of his optical business.

Advertisement for the Lodz Sportverein 'Pogoń', announcing a prize distribution event and a dance.

Advertisement for Dr. med. R. Stupel, Lodz, detailing his medical services and location.

Advertisement for the Heilanstalt für kommende Kranke 'SALUS', providing details about dental and medical services.